

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Beguns-Gebühr
Die Dresdner Nachrichten sind eine der ältesten und bedeutendsten Zeitungen in Deutschland. Sie werden seit 1856 unter der Leitung von Herrn Dr. phil. h. c. h. Carl Friedrich Schmidt herausgegeben. Die Zeitung enthält alle Nachrichten aus Dresden und der Provinz. Sie ist für alle Kreise von Interesse. Die Preisliste ist auf Seite 10 zu sehen.

Anzeigen-Tarif.
Anzeigen von 10 Zeilen zu 1000 Stück für 10 Tage zu 1000 Mk. ...
Anzeigen von 10 Zeilen zu 1000 Stück für 10 Tage zu 1000 Mk. ...
Anzeigen von 10 Zeilen zu 1000 Stück für 10 Tage zu 1000 Mk. ...

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Für Feinschmecker

Lobeck's. Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 St.
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.30 u. 4 M.

Marke: Dreiring

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

„Raumkunst“
Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.
Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schläger: Preßstoffmöbel (D. R. P.). Eleganz - Praktisch - Billig.

Elektrische Oefen
in vielen Modellen.
Ebeling & Croener
Geschäft für elektr. Licht-, Klingel-, Kraft-Installationen
Bankstrasse 11.

Schläuche, Klappen, Platten, Ringe, Schnüre, Walzen, Puffer, Riemen aus

Gummi Guttapercha Asbest

fertigt in garantiert besten Qualitäten
E. Böhme
Dresden
Ferdinandstr. 13.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Bitterung: Südwestwinde, meist heiter, vorwiegend trocken.

Auch in Dresden erfährt der Deutsche Luftflottenverein einen Aufruf zur Sammlung für die deutsche Luftflotte.

Der Kaiser reiste gestern abend nach Beendigung der Hofballen von Schönbrunn weiter.

Das Zusammentreffen Kaiser Wilhelms mit dem König von Italien wird voraussichtlich erst am Montag in Venedig stattfinden.

Der Reichstag trat gestern in die erste Lesung der Vorlage betreffend die Verlängerung der Zuckerkonvention ein und setzte die Beratung des Etats des Innern fort.

Die Vermittlungs-Verhandlungen im Zwifacher Bergarbeiterstreik sind abermals gescheitert.

Der General der Infanterie Ritter v. Kuffenberg hat seine Demission gegeben.

Aus ganz Nordtroll liegen Meldungen über starken Wittersturz und andauernde Schneefälle vor.

Die Wehrvorlagen.

Die Zeit der Vermutungen und Gerüchte ist vorüber, die Wehrvorlagen sind, wenigstens in ihrer provisorischen Fassung, veröffentlicht worden. Das wird endlich gesehen ist, wird man nur mit Freuden begrüßen können. Diese Nachrichten stellen einen aus der Verbreitung sensationeller Gerüchte bei jeder noch nicht veröffentlichten Gesetzesvorlage geradezu einen Sport; Dichtung und Wahrheit werden nach Bedarf gemischt, und der Erfolg ist stets eine harte Benützung der öffentlichen Meinung. Die volle Wahrheit ist diesen Nachrichtenstellen natürlich nicht bekannt, und das Fehende wird kombiniert. Das überhaupt vorzeitig etwas aus den Reichsämtern durchsickert, ist eine bedauerliche Tatsache, die sich aber scheinbar nicht ändern läßt. Unter diesen Umständen ist es das Beste, wenn die Reichsregierung derartige Vorlagen veröffentlicht, sobald sie dazu irgend in der Lage ist, damit die öffentliche Meinung weiß, woran sie ist.

Die Wehrvorlage bedeutet zweifellos einen großen Fortschritt gegenüber dem Wehrgesetz von 1911, das, wie seinerzeit ausgeführt worden ist, ganz und gar nicht befriedigen konnte. Damals verlangte die Regierung eine allmähliche Steigerung der Friedenspräsenzstärke um 11 000 Mann, die bis zum Jahre 1916 erreicht sein sollte. Nach der neuen Vorlage soll dieses Ziel bereits am 1. Oktober d. J. verwirklicht sein. Es werden demnach im Laufe dieses Jahres zwei neue Feldartillerieregimenter, ein Infanterieregiment und ein Telegraphenbataillon neugebildet werden. Es tritt damit also gleich eine nicht unerhebliche Verstärkung unserer Landarmee ein, die wir schon erst in etwa vier Jahren erreicht hätten. Außerdem ist die Formation von zwei neuen preussischen Armeekorps geplant unter Verwendung der dritten Divisionen beim 1. und 14. Armeekorps. Die beiden fehlenden Divisionen werden aus den verfügbaren Brigaden gebildet; neu aufgestellt werden also nur zwei Generalkommandos und zwei Divisionsstäbe. Ebenso soll eine 7. Armeekorps neu errichtet werden. Die beiden neuen Armeekorps bedeuten also an sich keine Verhärtung der Friedenspräsenzstärke. Wohl aber ist diese erforderlich durch die Neubildung von dritten Bataillonen und die Aufstellung eines neuen Infanterieregiments in Sachsen. Im ganzen werden 11 dritte Bataillone gefordert. Ebenso ist die Neubildung von zwei Feldartilleriebrigaden, drei Pionierbataillonen und zwei Trainbataillonen vorgesehn. Bei jedem Infanterieregiment soll eine Maschinengewehrkompanie errichtet werden, ferner wird ein neues Kavallerieregiment und die Bildung einer Illuzertruppe gefordert. Alle diese Formationen bedingen eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 20 000 Mann, während das Wehrgesetz von 1911 nur eine Erhöhung um 11 000 Mann vorsah. Das bedeutet also ein Wehr von 18 000 Mann.

Von militärischer Seite ist aus Anlaß des vorjährigen Wehrgesetzes mit Entschiedenheit die Forderung vertreten worden, zum mindesten sämtliche fehlenden dritten Bataillone zu ergänzen. Auch die jetzige Vorlage sieht nur die Bildung von 11 derartigen Bataillonen vor, während zugleich noch 33 Infanterieregimenter nur zwei Bataillone haben. Es ist das zweifellos ein Mißstand. Die Gelegen-

heit, diesen Mißstand zu beheben, war diesmal vorhanden; daß die Regierung sich nicht entschlossen hat, dieser Forderung nachzukommen, mag wohl in der Deckungsfrage seinen Grund haben. Man wird das nur bedauern können. An Menschenmaterial haben wir wirklich keinen Mangel, und wenn es natürlich auch nicht möglich ist, mit einem Male die vielen tauend langjährigen jungen Männer, die ihrer Militärpflicht jetzt nicht zu genügen brauchen, zum Wehrdienst heranzuziehen, so hätte doch durch Bildung der fehlenden dritten Bataillone diesem Mangel wenigstens zum Teil abgeholfen werden können. Freilich das kostet Geld, und da man als einzige neue Steuerquelle die Abschaffung der Liebesgabe vorgesehn hat, während man den Rest aus den Heberschüssen decken will, so war diese Sparmaßnahme begrifflich. Daß in dem Geise eine Erhöhung der Mannschafstärken vorgesehn ist, wird allenthalben Zustimmung finden.

Die Grundzüge der Marinenvorlage waren bereits bekannt, die jetzige Veröffentlichung bringt keine Uebersetzungen. Auch hier ist zweifellos ein Fortschritt zu verzeichnen, das dritte aktive Geschwader wird eine wesentliche Verstärkung unserer Seestreitmacht zur See bilden. Zugleich aber erhellt aus der Begründung dieser Vorlage, daß bisher unsere Flotte doch wesentliche Mängel aufzuweisen hatte, die nicht bei den Schiffen oder bei der Ausbildung des Personals zu suchen sind. Das jüngere Flotten in dieser Hinsicht jeder anderen ebenbürtig ist, ist zweifellos. Wenn aber von 58 großen Schiffen nur 21 tatsächlich zur Verfügung stehen, wenn im Herbst durch die Entlassung der Reservisten die Kriegsbereitschaft dieser 21 Schiffe noch erheblich vermindert wird, so ist die Größe der Gefahr, die in diesem Zustande zu suchen ist, für jeden klar, der da weiß, daß in einem künftigen Seekrieg der erste Schlag die Entscheidung bringen wird. Dazu kommt, daß dieser erste Schlag höchstwahrscheinlich noch vor der Kriegserklärung erfolgen wird. Es sei hier nur erinnert an die Krise im September vorigen Jahres. Für Deutschland ist es einfach eine Lebensfrage, eine möglichst große Zahl von großen Kriegsschiffen in handiger Kriegsbereitschaft zu haben. Die neue Marinenvorlage fordert mit der Bildung eines dritten aktiven Geschwaders also nur das Allernotwendigste. Ob die übrigen Forderungen wirklich genügen, muß man dem Urteil von Sachleuten überlassen.

Allgemeine Befriedigung wird die Tatsache erwecken, daß die Wehrvorlagen noch im Frühjahr dem Reichstag zugehen können, so daß die bereits befürchtete Berichtsbildung bis zum Herbst nicht einzutreten braucht. Mit einiger Sorge wird man dagegen die Regierungsvorschläge zur Deckung der Ausgaben betrachten müssen. Die Abschaffung der sogenannten Liebesgabe dürfte höchstens eine Einnahme von 30 bis 40 Millionen bringen, die Ausgaben dagegen sind im Jahre 1912 auf rund 97 Millionen Mark, 1913 auf rund 127 Millionen und 1914 auf rund 114 Millionen Mark veranschlagt. Es sollen also von 1912 bis 1914 jährlich nicht weniger als 60 bis 90 Millionen Mark aus den Heberschüssen und laufenden Einnahmen bestritten werden. Es ist das ein verhängnisvoller Schritt, denn wenn auch der Ueberschuß des Jahres 1911 auf 220 Millionen Mark angegeben wird, und wir vermutlich auch 1912 mit großem Ueberschuß rechnen können, so kann man doch unmöglich derartige Ueberschüsse für die kommenden Jahre als sicher ansehen. Der Segen der Reichsfinanzreform wird durch eine derartige Finanzpolitik wieder zunichte gemacht werden. Das muß auf jeden Fall verhindert werden im Interesse des Reiches.

Die Deckungsfrage wird den Reichstag in noch eingehend beschäftigen, und es ist zu hoffen, daß die bürgerlichen Parteien sich bei der Beratung der Wehrvorlagen auf einer gemeinsamen Basis einigen werden. Das dabei alles vermieden werden muß, was zu einem Zerwürfnis führen kann, ist so selbstverständlich, daß es keines weiteren Hinweises bedarf. Es mag darum auch einen merkwürdigen Eindruck, wenn jetzt in den Landtagen der Bundesstaaten die leitenden Minister einem peinlichen Examen unterzogen werden, ob sie auch in der Frage der Erbschaftsteuer noch auf demselben Standpunkte stehen wie 1909. Das Examen ist ja wohl überall zur Zufriedenheit der Examinatoren ausgefallen. Die Erbschaftsteuer ist manchen Leuten scheinbar wichtiger als die ganzen Wehrvorlagen. Es wäre den Ministern ein leichtes gewesen, den Spieß umzudrehen und die Fragesteller daran zu erinnern, daß sie selber vor dem Jahre 1909 ausgesprochene Gegner dieser Steuerart gewesen waren. Das hat man

heute scheinbar ganz vergessen. Mit allem Nachdruck muß sich aber das deutsche Volk dagegen verwahren, daß man aus Anlaß der Wehrvorlagen einen neuen Zankapfel zwischen die bürgerlichen Parteien zu werfen sucht. Dazu ist die Zeit viel zu ernst.

Die bisherigen Mitteilungen über die Wehrvorlagen werden durch folgende Meldung noch ergänzt: Die kaiserliche Wehrverwaltung beabsichtigt, anlässlich der Wehrveränderung bei der Infanterie eine Anzahl von Bataillonen auf einen höheren Grad zu bringen. Zwei Bataillone werden aus dem diesseitigen Hanover in die Potsdamer verlegt. Die der Grenze benachbarten 3 Divisionen sind dadurch schon im Frieden auf ihre volle Anzahl von Bataillonen gebracht. Bei sämtlichen Infanterieregimenten werden, soweit noch nicht vorhanden, Maschinengewehrkompanien errichtet werden. Das 5. Artillerieregiment soll die jetzt noch fehlende 6. Batterie erhalten. Bei den Pionieren wird ein viertes Bataillon gebildet. Zwei Kompanien werden neu errichtet. Das Telegraphenbataillon erhält eine dritte Kompanie und eine eigene Bespannungsabteilung. Eine Mörserkompanie wird neu errichtet. Bei den Pionierbataillonen sollen vier Kompanien aufgestellt werden. Endlich werden vier Landwehrintspektionen errichtet mit den Stäben in München, Nürnberg, Würzburg und Landau. Die Durchführung der beschriebenen organisatorischen Maßnahmen verteilt sich auf die Jahre 1912 bis 1914.

Aufruf zu einer Nationalspende für eine deutsche Luftflotte.

Wer wird Sieger sein in der Beherrschung der Luft?
Ungeheure Anstrengungen machen unsere westlichen Nachbarn. Neben den vielen Millionen, welche das Parlament bewilligt, sammelt fleißigst ganz Frankreich neue Mittel, um seine Lieblingskinder, die Flugzeuge, in immer größerer Anzahl zur Verfügung zu haben.
Sollen wir dagegen zurückbleiben? Nein, ganz gewiss nicht.
Auch unsere Wehrverwaltung wird sorgen, daß es uns nicht mangelt an den notwendigen Luftkesseln und Flugzeugen, große Mittel sind hierzu erforderlich, und es ist fraglich, ob der Reichstag genügende Summen bewilligen kann. Darum scheint es notwendig, daß auch bei uns, wie in Frankreich, Privatmittel helfen.
Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß der Deutsche Luftflotten-Verein, seit Jahren bestrebt, das Interesse für die Luftfahrt in nationalem Sinne zu fördern und zu erhalten, sich in einem Aufruf an das ganze deutsche Volk wendet, um Mittel zu beschaffen zum weiteren Ausbau unserer Luftflotte. Auch die Hauptgeschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“, Marienstraße 38, nimmt Beiträge entgegen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 23. März.
Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv. Tel.) Das Hans-Telt. in die erste Lesung der Vorlage betreffend die Verlängerung der Zuckerkonvention ein. — Abg. Graf Schwerin-Köslar (kons.): Der Staatssekretär hat anerkannt, daß die deutschen Interessenten für die neue Konvention ein großes Opfer bringen müssen. Die Interessenten der Zuckerindustrie, des Rohzuckers, der Raffinerie, des Handels und der Verbrauchsindustrie sind in eventuellicher Weise einmütig. Die Verlängerung der Konvention unter den vereinbarten Bedingungen ist ein zweifelhafter Vorteil. Die Zielsetzung der Konvention wäre heute jedenfalls unannehmbar, wenn sie einfach und klar den einmütigen Standpunkt aller Interessenten bei den Verhandlungen festhalten und nicht geplatzt hätte, auch in dieser Frage das Wohl der Interessenten besser verfahren zu müssen, als dies selbst. Trotz alledem kann ein Teil meiner Freunde sich nicht entscheiden, das Abkommen abzulehnen, weil das das Ansehen der Reichsregierung erheblich schmälern würde. Ein großer Teil meiner Freunde, auch ich, werden gegen die Konvention stimmen. — Abg. Bernke (l. Z.): Komme die Konvention nicht zustande, dann gehe die alte Prämienwirtschaft wieder los, und darum könnten meine Freunde der Konventionsverlängerung vorläufig ihre Zustimmung nicht versagen. Die Verabschiedung der Zuckersteuer ist dem deutschen Volk 1909 verprochen worden. Man habe es auf 1914 verdrängt. Er fürchte, wenn der Termin komme, finde sich wieder keine Mehrheit für die Verbilligung des Zuckerverbrauchs. — Abg. Zieg (infl.) verweist nicht, warum es den deutschen Unterhändler nicht möglich gewesen sei, bessere Bedingungen für uns herauszuholen. Aber das Nichtzustandekommen der Konvention könnte unter Umständen genau das Gegenteil von dem bewirken, was wir erwünschten, und das sei für ihn und den größeren Teil seiner Freunde